

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Strasse 1
10557 Berlin

DEUTSCHLAND

Washington/Winterthur, 06.01.2025

Offener Brief Restitutionsen von NS-Raubgut in Deutschland

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir, die Unterzeichnenden, Juristinnen und Juristen, Historikerinnen und Historiker sowie Nachfahren von ehemaligen Eigentümern aus Deutschland, den USA, Grossbritannien, Israel, Kanada und der Schweiz, möchten die Bundesregierung eindringlich bitten, das Restitutionsrecht von NS-Raubgut in Deutschland zu erhalten und zu verbessern. Auf den letzten Metern der Legislaturperiode die *Beratende Kommission NS-Raubgut* abzuschaffen und ein für die Opfer schlechteres neues Verfahren zu beschließen, ist unredlich.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit der Unterzeichnung des *Washingtoner Abkommens* zu einer Korrektur von NS-Unrecht verpflichtet und dies mit der Anerkennung der *Best Practices* im März 2024 erneut bekräftigt. Der aktuelle Koalitionsvertrag sieht ausdrücklich eine Stärkung der Beratenden Kommission vor. Was nun tatsächlich passiert, ist aber deren Zerschlagung und Ersetzung durch ein zivilrechtliches Schiedsgericht, dessen Rahmenbedingungen und Entscheidungsrahmen nie öffentlich diskutiert wurden.

Das von Frau Roth geplante Schiedsverfahrensrecht für Restitution von NS-Raubkunst verschlechtert die Situation der Opfer eklatant. Ganze Opfergruppen, wie verfolgte Kunsthändlerinnen und Kunsthändler, können mit den neuen Restitutionsregeln ihre während der NS-Zeit unter dem Druck der Verfolgung veräußerten Kunstwerke nicht mehr zurückerhalten. Auch jene Verfolgten, die Kulturgut im Zusammenhang mit ihrer Flucht aus Nazi-Deutschland oder aus einem von den Nazis besetzten Land veräußern mussten, sollen künftig nur noch einen sehr eingeschränkten Anspruch auf Restitution erhalten. Eine Diskussion der von Frau Roth vorgeschlagenen neuen Regeln hat nie stattgefunden.

Eine Anhörung hierzu im Kulturausschuss des Deutschen Bundestags scheiterte daran, dass die bereits zwischen Staatsministerin Roth und den Kulturministerinnen und -ministern der Länder beschlossenen Verfahrens- und materiellen Regeln den Sachverständigen nicht vorgelegt worden waren.

Der geplante Ausschluss von Verfolgungsszenarien und Opfergruppen ist nicht nur für das Ansehen Deutschlands katastrophal. Es ist auch angesichts der verkündeten – und im Koalitionsvertrag vereinbarten – Stärkung der Beratenden Kommission NS-Raubgut und der Restitutionspolitik ein Schlag ins Gesicht der Opfer und ihrer Nachfahren, vor dem wir mit Nachdruck warnen wollen.

Die Behauptung, die Opfer würden durch die geplante Schiedsgerichtsbarkeit gestärkt werden, entspricht auch bezüglich des Verfahrens nicht der Wahrheit. Anders, als von Frau Roth angekündigt, sind die geplanten Schiedsverfahren nur mit Zustimmung der heutigen Eigentümer anrufbar. Die Beteuerung, sämtliche Länder und Kommunen würden einer Anrufung eines künftigen Schiedsgerichts zustimmen, ist unwahr. Über 10.000 Kommunen mit Kultureinrichtungen haben sich nicht zu den Schiedsverfahren bekannt und es ist nicht absehbar, dass sie das in Zukunft tun werden.

Wir fordern daher

- die Bundesregierung auf, das Vorhaben, für NS-Restitutionsfälle Schiedsgerichte zu etablieren, nicht noch vor den Neuwahlen im Kabinett zu beschließen.
- eine Sachverständigenanhörung im Rechtsausschuss durchzuführen, bei der das geplante Schiedsverfahren erörtert wird.
- einen intensiven Austausch zu initiieren zwischen Politik und Personen, die sich als Praktiker, Betroffene oder Forschende seit vielen Jahren mit den Fragen des NS-Restitutionsrechts auseinandersetzen.
- sicherzustellen, dass die Beratende Kommission NS-Raubgut, die seit über 20 Jahren verantwortungsvoll und engagiert arbeitet, ihre Tätigkeit fortsetzen kann. Dazu gehört die Nachbesetzung ausgefallener Kommissionsmitglieder jetzt und die Sicherstellung der dauerhaften Finanzierung der Kommission.

Als Ansprechpartner für die Unterzeichner fungieren:

Rechtsanwalt Olaf S. Ossmann

Büroanschrift: Rechtsanwälte Ossmann, Gütlibelweg 23, CH-8400 Winterthur
Telefon Büro: +41 44 500 16 60
Telefon Mobile/WhatsApp/Signal: +41 76 326 33 52
Email: office@ossmann.ch

Dr. Willi Korte

Büroanschrift:
Telefon:
Email: artekorte@aol.com

Anbei:

Liste der Erstunterzeichner

Die Erstunterzeichner:

Dresden, 03.01.2025	Dr. Anja Anders , Rechtsanwältin
Amsterdam, 03.01.2025	Hester Bergen (Sprecherin der Erben nach Margarethe und Siegbert Stern)
Winterthur, 03.01.2025	Dr. Thomas Buomberger , Historiker und Journalist
Dresden, 03.01.2025	Dr. Cramer von Clausbruch , Rechtsanwalt
Tel Aviv, 03.01.2025.	Eyal Dolev , Advocat
Miami, 03.01.2025	Samuel J. Dubbin , Attorney
Hamburg, 03.01.2025	Maeva Emden (Urenkelin von Max Emden, Enkelin von Hans Erich Emden)
Montreal, 03.01.2025	Dr. Clarence Epstein , Kunsthistoriker
Berlin, 03.01.2025	Jutta Freifrau von Falkenhausen , Rechtsanwältin
Berlin, 03.01.2025	Lothar Fremy , Rechtsanwalt
London, 03.01.2025	Francis FitzGibbon (Sprecher der Erben nach Herbert M. Gutmann)
Berlin, 03.01.2025.	Dr. Imke Gielen , Rechtsanwältin
Philadelphia, 03.01.2025	Lauren Gladstone (Sprecherin der Erben nach Nathan und Benjamin Katz)
Jerusalem, 03.01.2025	Niv Goldberg , Advocat (Mitglied der «Arbeitsgruppe zur Stärkung der Beratenden Kommission»)
Bochum, 03.01.2025	Prof. Dr. Constantin Goschler , Historiker
München, 03.01.2025	Dr. Louis Hagen (Sprecher der Erben nach Carl und Louis Hagen)
San Francisco, 03.01.2025	Dr. Michael R. Hulton (Miterbe von Alfred Flechtheim)
München, 03.01.2025	Dr. Stephan Klingen , Kunsthistoriker
Neuss, 03.01.2025.	Ralf Konnertz , Rechtsanwalt
Berlin, 03.01.2025	Ruben Kühl , Jurist
Washington, 03.01.2025	Dr. Willi Korte , Jurist und Historiker
Amsterdam, 03.01.2025	Christine Koenigs (Sprecherin der Erben nach Franz Koenigs)
Los Angeles, 03.01.2025	Jed Leiber (Erbe von Saemy Rosenberg)

Jerusalem, 03.01.2025	Daniel Levitt (Sprecher der Erben nach Richard Semmel)
Ramat Gan, 03.01.2025	Dor Levy , Advocat
München, 03.01.2025	Cornelia Muggenthaler , Historikerin
Berlin, 03.01.2025	Julius Kaspar Niesert , Rechtsanwalt
Winterthur, 03.01.2025	Olaf S. Ossmann , Rechtsanwalt
Potsdam, 03.01.2025	Dr. jur. Christoph Partsch , Rechtsanwalt
Zürich, 03.01.2025	Prof. Dr. Jaques Picard , Historiker
Budapest, 03.01.2025	Agnes Peresztegi , Rechtsanwältin (former President of the Commission for Art Recovery)
London, 03.01.2025	Alan Philip (Miterbe von Zacharias Hackenbroch)
Zürich, 03.01.2025	Dr. iur. Andrea F. G. Raschèr , Jurist
Berlin, 03.01.2025	Dodi Reifenberg (Vertreter der Erben Ginsberg)
Berlin, 03.01.2025	Jörg Rosbach , Rechtsanwalt
Dresden, 03.01.2025	Dr. Sabine Rudolph , Rechtsanwältin
Berlin, 03.01.2025	Prof. Dr. Julius Schoeps , Historiker und Sprecher der Erbegemeinschaft Paul von Mendelssohn-Bartholdy
Berlin, 03.01.2025	Beate Schreiber , Historikerin
Montreal, 03.01.2025	Dr. Max and Iris Stern Foundation (Max Stern Art Restitution Project)
Marburg, 03.01.2025	Markus H. Stötzel , Rechtsanwalt
Berlin, 03.01.2025	Anja Studzinski , Rechtsanwältin
Berlin, 03.01.2025	Dr. Monika Tatzkow , Historikerin
New York, 03.01.2025	Melvyn Urbach , Attorney at Law
München, 03.01.2025	Dr. Vanessa Maria Voigt , Kunsthistorikerin